



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Böttger, Hugo: Aus der deutschen Bergarbeiterbewegung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus der deutschen Bergarbeiterbewegung

Von Dr. Hugo Böttger-Berlin, M. d. R.



Arbeiterbewegungen im Kohlenbergbau erschüttern die Volkswirtschaft deswegen so stark, weil ohne Kohlen hunderttausende von gewerblichen Arbeitsstätten geschlossen werden müssen, und weil ohne Kohlen der Verkehr sich wieder auf die primitiven Formen der Postkutsche zurückentwickeln muß. Ein internationaler Kohlenarbeiterstreik mit voller Wirksamkeit müßte die internationale Arbeitsstockung zur Folge haben, jedenfalls den größten Teil der gewerblichen Arbeit stilllegen, denn mit alten Zeitungen und Stuhlbeinen kann man nur sehr kurze Zeit die Dampfkessel heizen. Darum ergreift auch kein Riesenstreik, sei es etwa in der Metallindustrie oder im Verkehrsgewerbe, so tiefgehend die öffentliche Meinung wie ein Kohlenarbeiterausstand im Ruhrrevier. Von dort, aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund, erhalten wir 58 Prozent der deutschen Steinkohlenförderung. Bleibt der Ausstand nicht isoliert, mischen sich auch noch zwischenstaatliche Tendenzen ins Spiel, dann ist eine volkswirtschaftliche Katastrophe nahe, die keinen Mitlebenden unberührt läßt und jedem auch ein vorschauendes Interesse abnötigt.

Seit 1905 hatten wir, von kleinen partiellen Erhebungen und Lohnforderungen abgesehen, keine große Bergarbeiterbewegung mehr gehabt. Damals waren Zeichenstilllegungen, Arbeiterentlassungen, Arbeitszeitverlängerung, Wagennullen und Lohnstreitigkeiten die Gründe der Unzufriedenheit; und die öffentliche Meinung stand so sehr auf seiten der 270 000 Streikenden, daß manche Stadtverwaltung, der evangelisch-soziale Kongreß u. a. öffentlich für sie sammelten und der Erzbischof von Köln den christlichen Gewerkschaften 1000 Mark spendete. Der Streik von 1905, an dem alle Verbände der Bergarbeiter beteiligt waren, der wohl über 90 Prozent der Belegschaften erfaßte, hatte etwas länger als drei Wochen gedauert; bis zum Schluß waren die Zeichenverwaltungen der

Grenzboten II 1912

7

schärfsten Kritik ausgesetzt, und die Arbeiterschaft war trotz Kontraktbruch und Ausschreitungen gegen Arbeitswillige der Gegenstand der lebhaften Sympathien des Publikums gewesen. Das ist diesmal völlig anders verlaufen. Der Streik von 1912 dauerte vom 10. März bis zum 19. März; von Anfang an machte ein beträchtlicher Teil der Organisierten, nämlich die Christlichen und die Nationalen, nicht mit, und die Sympathie im bürgerlichen Lager beschränkte sich auf demokratische und freisinnige Kreise, die dem in den Streik verwickelten Hirsch-Dunderschen Verband zu sekundieren sich verpflichtet fühlten. Gewiß waren auch diesmal wirtschaftliche Forderungen gestellt worden, aber es herrschte doch bei Unbefangenen die Meinung vor, daß nicht diese Forderungen, sondern die Machtpolitik des Alten Verbandes, daß sozialistische und internationale Fragen diesmal den Ausschlag gegeben haben. Und gerade das hat den schnellen moralischen und tatsächlichen Zusammenbruch des Lohnkampfes in acht Tagen herbeigeführt, des Lohnkampfes, an dem auch während der höchsten Entwicklung nicht mehr als 60 Prozent der vorhandenen 350000 Arbeiter beteiligt waren. Die Wandlung der öffentlichen Meinung kann kaum zurückgeführt werden auf ein größeres Verständnis des Publikums für die heutige Arbeiterbewegung und ihre Schwächen an sich, sondern sie ist im wesentlichen daraus zu erklären, daß die Arbeitgeber seit Jahren straff organisiert sind, daß die Gewerkschaften uneinig waren, daß es an zureichenden Gründen für einen verschärften Konflikt mangelte, daß die Zechenverwaltungen über einen vortrefflichen Aufklärungsdienst verfügten, und daß auch nur die Möglichkeit eines Sympathiestreiks zugunsten der englischen Bergarbeiter die Sache bei uns unvollständig machen mußte. Außerdem fehlten in den Forderungen der streikenden Bergarbeiter die packenden Momente des Jahres 1905: Wagnennullen und Zechenstilllegung. Gegenüber den heurigen zehn Beschwerdepunkten gelang es dem Zechenverbände verhältnismäßig leicht nachzuweisen, daß darum eine Zerrüttung unseres industriellen Lebens nicht riskiert werden dürfe, zumal da bei dem wichtigsten Punkte, bei der Lohnfrage, längst vor dem Streik der Zechenverband bedeutende Verbesserungen gewährt und weitere in Aussicht gestellt hatte.

Die Forderungen, die von den drei Verbänden, dem Alten Verband, der Polnischen Berufsvereinigung und dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein, aufgestellt waren, zielten ab auf 15prozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter; auf Änderung der Lohnzahlungstermine, auf Verkürzung der Arbeitszeit, auf Einschränkung der Überschichten, auf das Wohnwesen, auf paritätischen Arbeitsnachweis, Abänderung der Strafen, paritätische Schiedsgerichte und Gewährung von alkoholfreien Getränken. Man hat den Eindruck, als seien hier mühselig recht viele Beschwerden und Wünsche zusammengestellt worden. In manchen Punkten ist die Entwicklung im Fluß, und die Diplomatie der beiden Mächte kämpft um dies oder jenes Zugeständnis, aber niemals können jene Forderungen selbst in ihrer Gesamtheit ein so schroffes und unbesonnenes Vorgehen der Arbeiter rechtfertigen, wie es der Streik von 1912 darstellt. Zunächst die Lohn-

frage. Sie muß sich richten nach den Kohlenpreisen, die erzielt werden, und nach den Preisen der Lebensmittel und Gebrauchsartikel; die ersteren sagen uns, was an Lohn gezahlt werden kann, die anderen, was gezahlt werden muß, damit der standard of life nicht herabgedrückt werde.

Nun ist die Bewegung der Kohlenpreise von 1906 bis 1911 schwankend. Es hat die durchschnittliche Jahresnotierung an der Essener Börse ab Zeche für die Tonne betragen:

	für Fettkohle	für Hochofensoks
1906 . . .	10,27 M.	15,87 M.
1907 . . .	11,12 "	17,25 "
1908 . . .	11,25 "	17,50 "
1909 . . .	10,87 "	15,13 "
1910 . . .	10,75 "	14,87 "
1911 . . .	10,50 " (Nichtpreise)	15,50 " (Nichtpreise)

Die Jahre 1907 und 1908 sind Hochkonjunkturjahre, deren Preise anfangs 1912 noch nicht wieder erreicht waren. Halten wir die Löhne daneben, so bemerken wir, daß sie mit der Konjunktur steigen und fallen.

	Schichtverdienst, Nettolohn aller Bergarbeiter (Schlepper und Jungen ein- geschlossen)	Schichtverdienst der Kohlenhauer allein	Jahres- verdienst durch- schnittlich	Jahresverdienst der Kohlen- hauer
1906 . . .	4,37 M.	5,29 M.	1402 M.	1664 M.
1907 . . .	4,87 "	5,98 "	1562 "	1871 "
1908 . . .	4,82 "	5,86 "	1494 "	1766 "
1909 . . .	4,49 "	5,33 "	1350 "	1556 "
1910 . . .	4,54 "	5,37 "	1382 "	1589 "
1911 . . .	4,69 "	5,55 "	1446 "	1666 "

Also ein deutliches Wiederanziehen der Löhne mit den Kohlenpreisen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der Schichten, der effektiven Arbeitstage, abgenommen hat, die Leute haben in den letzten Jahren weniger gearbeitet oder weniger Arbeitsgelegenheit gehabt. 1907: 321 Schichten, 1911: 304 Schichten. Relativ ist also der Lohn schon 1911 höher als 1907. Für 1912 ist die Lohnsteigerung bereits in vollem Umfange eingetreten, und sie wird nach den neuen Nichtpreisen des Kohlensyndikats vom 1. April ab sich noch weiter bemerkbar machen. Auf den fiskalischen Gruben ist den Häuern eine Steigerung des Gedingelohnes bis zu 6,60 Mark in Aussicht gestellt, ähnlich auf den privaten Gruben. Mag es nun auch richtig sein, daß die Lebenshaltung sich allgemein verteuert hat — für eine Familie mit einem Einkommen von 1600 bis 2000 Mark beträgt ab 1907 die Verteuerung etwa 8,4 Prozent —, so sind doch die Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier schon heute weit darüber hinausgestiegen, so daß aus diesen Lohnsätzen, die die höchsten in Deutschland sind, in der Tat kein Beweggrund zum Streik und Kontraktbruch geschöpft

werden kann. Auch die übrigen Streitpunkte sind, soweit sie eine Neuregelung zulassen, so geartet, daß sie in Frieden und Verständigung erledigt werden konnten.

Warum dann aber der Kampf? Es handelte sich, um aus dem Kleinfram das Wichtigste herauszuschälen, einmal um die Abgrenzung der Interessen der Bergarbeiterorganisationen, um das Vordringen der Sozialdemokratie zur höchsten Machtspitze, ferner um die Frage der Anerkennung jener Organisationen und schließlich um die Erzielung von Kollektivverträgen, um die Anerkennung der Parlamentsherrschaft auch im Bergbau. Der Alte Verband, die stärkste Organisation, ist in den Händen der Sozialdemokratie und umfaßt etwa 125000 Bergleute, davon 80000 im Ruhrgebiet. Der zweitgrößte Verband, der Christliche Gewerkverein, zählt rund 80000 Mitglieder, davon 60000 im Ruhrrevier. Erst in zweiter Linie kommen in Betracht die polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein mit insgesamt etwa 20000 Organisierten im Oberbergamt Dortmund. Charakteristisch ist, daß dort annähernd 200000 Bergarbeiter außerhalb jeder Organisation stehen, und um einen Teil dieser Nichtorganisierten wird namentlich von den Christlichen und von den Sozialdemokraten eine unablässige und tiefbohrende Werbearbeit verrichtet. Letzthin hatten die Christlichen etwas abgenommen und die Sozialdemokraten sich ein wenig verstärkt. Das regte den Alten Verband zu besonderer Kraftleistung an, der christliche Verband sollte vollends übertrumpft und womöglich gesprengt werden. Hinter diesem christlichen Verbands steht nun in der Hauptsache die Zentrumsparthei, und in manchen stark mit Industrie und Arbeiterschaft durchsetzten Reichstagswahlkreisen hat bereits ein scharfes Ringen von Zentrum und Sozialdemokratie um die politische Macht und um die Mandate eingesetzt; das hat das Kampfbild verschoben, es geht nicht mehr vereint gegen Liberale und Hüftenparthei, sondern die christlichen Gewerkschaften sind durch die Schärfe der sozialistischen Propaganda genötigt worden, sich auch in den Lohnkämpfen von den sozialistischen Gewerkschaften abzutrennen und ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik für sich zu betreiben. Bei dem Ruhrbergarbeiterstreik wurde z. B. von dem christlichen Generalsekretär A. Stegerwald in der Kölnischen Volkszeitung vom 14. März d. J. der grundsätzliche Unterschied in der Stellung zum Streik zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften so ausgelegt, daß die ersteren den Streik ausschließlich als wirtschaftliches und letztes Kampfmittel ansehen, während er für die sozialdemokratischen nicht nur wirtschaftliches, sondern auch politisches Kampfmittel sei und daneben noch als internationales Demonstrationsobjekt benutzt werde. Stegerwald weist auch auf die unterschiedliche Stellung zum Streik in den Verkehrsgewerben hin, für die die christlichen Gewerkschaften den Streik unbedingt ablehnen. Alles in allem sind die Christlichen in der Gegenwart mehr auf Verständigung mit den Unternehmern zur Verbesserung des Loses der Arbeiter als auf Streik zum agitatorischen Zweck gestimmt. Sie hoffen, wohl nicht mit Unrecht, für die Bergarbeiter genügend herauszuschlagen, so daß die Arbeiter bei ihren Fahnen bleiben. Sie wollen

nicht ohne Not die Volkswirtschaft zerrütten und im Kampfe mit dem festgefügtten Unternehmertum die Klassen der Organisation und ihre Reputation als Gewerkschaft aufs Spiel setzen. Die Redner dieser Gruppe im Reichstage, die Abgeordneten Schiffer und Behrens, erklärten während der Verhandlungen am 14. und 15. März 1912, daß sie nur einen gerechten und aussichtsvollen Kampf wollen, nachdem alle friedlichen Mittel erschöpft sind. Sie vertrauten auf die Versicherungen der Grubenbesitzer, daß der Konjunktur entsprechend Lohnerhöhungen eintreten, und hoffen darauf, daß andere Konzessionen in friedlicher Verständigung gewährt werden würden. Die Sozialdemokratie hat darauf durch ihre Redner Sachse und Dr. Erdmann erwidert, daß die Christlichen sich den gelben Gewerkschaften genähert hätten, daß sie beherrscht würden von politischen Motiven, die sich aus der Interessengemeinschaft Zentrum, Konservative und Regierung ergäben, denen in der Streikangelegenheit der Dreibund Sozialdemokratie, Freisinn und Polentum gegenübersteht.

Es läßt sich nicht übersehen, wie die beiden Gruppen ihr Konto abschließen werden, ob mehr die Ernüchterung oder mehr die Erbitterung die Gemüter erfassen und je nachdem die Reihen der Unorganisierten oder der verschiedenen Organisationen stärken würde. Jedenfalls haben diese taktischen Verbandsinteressen keine untergeordnete Rolle in den jüngsten Streitigkeiten gespielt. In der öffentlichen Meinung haben die Christlichen Organisationen Sympathien erworben, sie werden vermutlich ihren Verhandlungen mit dem Bechenverbande zu gute kommen.

Viel ist die Rede gewesen von der Internationalität der Bergarbeiterbewegung. Sie wird von der Sozialdemokratie in Friedenszeiten laut betont, im Kriegsfalle, wie im vorliegenden, auf das Schärfste bestritten. Nun mag ein Unterschied bestehen zwischen der Internationalität allgemeiner sozialer Ideen und der der unmittelbaren Arbeiteraktionen. Aber liegt es nicht nahe, daß die sozialistischen Führer der deutschen, englischen, belgischen, französischen, österreichischen Bergarbeiter eine Verständigung untereinander anstreben, einmal um dem Streik die mächtigste Wirkung zu sichern und andererseits um das Kapital international zu treffen und keiner kapitalistischen Gruppe durch einen Streik in einem Lande einen besonderen Vorsprung auf dem Weltmarkt zu verschaffen? Die Kohle ist Weltmarktsartikel, und ist irgendwo z. B. die englische Kohle durch die deutsche verdrängt, so kann sie sich nur schwer den Markt zurückerobern. Neben diesen — sagen wir — sachlichen Beweggründen erheben sich auch die der Sympathie oder der gleichartigen Stimmungen, wie es etwa die Anfangsworte eines Leitartikels des Vorwärts vom 12. März 1912: „Der Riesenkampf der Bergknappen“ besagen:

Sie haben sich überall erhoben. Die eben noch fleißige Arbeiter waren, sind trotzige Kämpfer geworden. Zu den mehr als eine Million Bergknappen, die in England aus den finsternen Gruben an das Tageslicht getreten kamen, um in der Sonne den Körper kühn zu recken, kommen an die Zweihunderttausend, die im Ruhrrevier aufstehen. Und schon regt es sich in Sachsen, regt es sich in Schlesien, in Osterreich, in Frankreich, im Luxemburgischen.

Vielleicht raffen auch die Belgier sich noch einmal empor. Überall dieselbe Not, überall dieselbe aus dieser Not geborene Entschlossenheit, und überall dieselbe abweisende Haltung der Grubenmagnaten, welche die Bergknappen zum letzten ungern getanen Schritt, zum Streik, zwingt.

Der englische Bergarbeiterstreik war am 1. März ausgebrochen. Vorher hatten zahlreiche Besprechungen internationaler Art stattgefunden, wobei die Frage des Sympathiestreiks lebhaft erörtert worden war. Auf einer dieser Konferenzen, die am 22. Februar in London stattfand, und auf der die Bergarbeiterverbände Englands, Belgiens, Frankreichs, Deutschlands und Österreichs vertreten waren, rieten die Belgier und Deutschen von einem internationalen Ausstand ab, weil die sozialistischen Parteien in Belgien und Deutschland ihre verfügbaren Gelder für politische Zwecke brauchten. Aber man versprach, nach Möglichkeit die festländische Kohleneinfuhr nach England zu verhindern mit Hilfe von Überwachungskommissionen, die mit örtlichen Streiks gegen den Kohlenexport nach England vorgehen sollten. Darüber hinaus ist von dem Internationalen Komitee der Beschluß gefaßt worden, daß während des Streiks in Großbritannien die Bergleute auf dem Kontinent die Förderung von Kohle so viel wie möglich einschränken sollten. Das kommt doch in der Tat dem internationalen Sympathiestreik sehr nahe.

Es hieß ferner in der Erklärung des Internationalen Komitees, daß, wenn die Bergleute auf dem Kontinent gegenwärtig oder in Zukunft die Forderung des Mindestlohnes stellen würden, dann auch die Bergleute von Großbritannien die Kohlenförderung so viel wie möglich einschränken wollten. Die Bergleute von Großbritannien sind zurzeit zuerst für die Forderung des Minimumtagelohnes mit 900000 bis 1 Million Mann in den Streik eingetreten. Wie sich die Dinge nun in England gestaltet haben, sollen Mindestlohnsätze für bestimmte Distrikte, wo Bergbau betrieben wird, auf dem Wege der Tarifvereinbarungen durch ein gemeinsames Komitee von Unternehmern und Arbeitern festgesetzt werden. Das Komitee besteht aus Vertretern der Organisationen der Grubenbesitzer und der Arbeiter, was alsdann die Anerkennung der beiderseitigen Organisationen voraussetzt. Können sich die Parteien in dem Komitee nicht einigen über den Vorsitzenden, so stellt ihn die Regierung. Der Regierung wird also in vielen Fällen die unparteiische Entscheidung zugemutet. Die Bill ist angenommen, aber sie hat noch ein problematisches Aussehen. Die Bergarbeiter Großbritanniens sind vom Syndikalismus beherrscht; sie wünschen wohl die Vorteile des Lohnminimums, verwerfen aber jede Bindung ihrer Bewegungsfreiheit, wie sie sich die australischen Arbeiter für ähnliche Zugeständnisse gefallen lassen mußten, indem sie durch die Tarifabmachung gezwungen wurden, auf das Streikrecht zu verzichten. Der Syndikalismus, dem die englischen Gewerkschaften sich verschrieben haben, will aber gerade den Kampf um des Kampfes willen und keine kleinen Stappen des Erfolges. Es soll auf die Art der Beweis geführt werden, daß in der kapitalistischen Gesellschaft kein Friedenszustand möglich ist, darum wird völlige Streikfreiheit und umfangreichste Streiktätigkeit

vorausgesetzt. England, das vielgepriesene Land der Herrschaft des friedlichen Gewerkvereins, ist auf dem Wege des Syndikalismus in den letzten Jahren von den erbittertsten Lohnkämpfen unterwühlt worden. In den letzten fünfzehn Monaten gab es dort 1911: Kohlenstreik in Südwales, Seemannsstreik, Generalstreik der Eisenbahner, Straßenbahnerstreik; 1912: Transportarbeiterstreik und schließlich der gewaltige Bergarbeiterstreik. Diese Kämpfe waren von Hungersnot und Revolten begleitet, derart, daß bei dem Dockarbeiterstreik in Liverpool 1911 zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine Brigade Infanterie, zwei Regimenter Kavallerie und vier Kriegsschiffe in Anspruch genommen werden mußten. Der Schaden, der Großbritannien aus dem schwebenden Kohlenarbeiterausstande erwachsen soll, wird auf vier bis fünf Milliarden Mark geschätzt.

Der Syndikalismus soll die Wirtschaftsordnung des freien Arbeitsvertrages zum sozialistischen Staate führen, aber auch die Mindestlohngesetzgebung liegt durchaus auf diesem Wege. Das Mindestlohneinkommen verliert, sobald der Geldwert sinkt und die Lebensmittelpreise steigen, an Wert für den Arbeiter; es muß also ständig kontrolliert und reguliert werden durch Lohnausschüsse und Schiedsgerichte, die der Staat ins Leben ruft und leitet. Ferner muß der Staat folgerichtig eingreifen, wenn die Bergarbeiter zu dem vereinbarten Mindestlohnfuß nicht arbeiten wollen, also das Gesetz verletzen, oder aber, wenn die Grubenbesitzer den Betrieb einstellen, weil ihn die staatliche Lohnregulierung unrentabel gemacht hat. In einem Fall muß der Staat den Arbeiter zur Arbeit anhalten oder den Arbeitswilligen schützen, im andern Falle muß er zur Enteignung des Grubenbesitzers schreiten und den Betrieb selbst übernehmen. Man kann nicht einwenden, daß die Löhne in der Regel die Mindestsätze überschreiten würden, daß also die Folgeerscheinungen nicht zu befürchten seien. Nach den Erfahrungen in Australien herrscht bei den unqualifizierten und trägen Arbeitern die Neigung vor, dem Mindestlohn die Mindestleistung entsprechen zu lassen. Es müssen daher fortdauernd Verfügungen erlassen werden, um dieser Entwicklung zu begegnen. Also so viel Staatsintervention, daß der sozialistische Staat als die natürliche Konsequenz erscheint.

Es ist richtig, daß der Syndikalismus der Anarcho-Sozialisten bei uns noch nicht über sehr starke Anhängerschaft verfügt; aber wir haben andere Triebkräfte, die ebenfalls das gewerbliche Leben dem sozialistischen Staat zutreiben sollen. Es sind das das parlamentarische System in den Betrieben, die konstitutionelle Fabrik, wobei nach und nach der Unternehmer und Betriebsleiter seiner freien Dispositionsfähigkeit beraubt, der freie Arbeitsvertrag beseitigt und die Herrschaft der organisierten Masse ausgerichtet werden soll. Das darf bei all dem Drängen nach Instanzen zum Verhandeln von Partei zu Partei nicht aus den Augen gelassen werden und erklärt jedenfalls die Abneigung der Unternehmer, mit den Gewerkschaften über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterhandeln. Aber auch praktische Bedenken liegen vor. Was haben tarifmäßige Bindungen für einen Wert, wenn, wie im Ruhrrevier, nur ein Drittel

der Berufsgenossen organisiert sind, und wenn bei dem häufigen Stellenwechsel der Bergarbeiter die Haftbarkeit eigentlich nur bei den Unternehmern gegeben ist? Bei den Lohnstreitigkeiten ist ja heute der Kontraktbruch etwas sehr gewöhnliches, und der Abg. Gothein hat im Reichstage (15. März 1912) die Häufigkeit des Kontraktbruches damit begründet, daß es zu umständlich und zu riskant für den einzelnen Arbeiter sei, zu kündigen. Er schlug als Abhilfemaßregel vor, daß es dem Arbeiterausschuß erlaubt sein sollte, für die Gesamtheit der Arbeiter Erklärungen über Kündigung oder Wiederaufnahme der Arbeit abzugeben. Das aber heißt mit Riesenschritten in das parlamentarische System der Arbeit eintreten und den freien Arbeitsvertrag dem Majoritätswillen ausliefern. Dreiviertel eines Arbeiterausschusses verlangt den Streik, dann muß die Gesamtheit der zugehörigen Arbeiterschaft die Arbeit einstellen. Das ist die konstitutionelle Fabrik, die Herrschaft der Mehrheit in der Industrie.

Da sich auf solche Experimente am lebenden Körper unserer Industrie die Landesgesetzgebung in Preußen bisher nicht eingelassen hat und denen auch in Zukunft voraussichtlich Widerstand leisten wird, so wird ein Reichsberggesetz gefordert in der Erwartung, daß im Reichstage auch für die gewagtesten sozialpolitischen Versuche eine Mehrheit leicht zu haben ist.

Ich halte den Standpunkt mancher Zechenverwaltungen, keine Arbeitervertretung anerkennen und nur mit dem einzelnen Arbeiter verhandeln zu wollen, für verkehrt, da solche Einzelverhandlungen unter Umständen mit 350 000 Mann doch ein Unding darstellen, und da auch die preußische Gesetzgebung bereits gewisse Organisationen und Arbeitervertretungen als berechtigt anerkannt hat. Man mag so vorsichtig und schonend wie möglich vorgehen, aber man sollte sich nicht den Vorwurf der Weltfremdheit verdienen. Ich würde es für keinen Fehler halten, das Institut der Arbeiterausschüsse lebensfähig zu gestalten, als ein brauchbares Vermittlungsorgan zwischen Unternehmer und Arbeiter. Wie die Verhältnisse sich heute entwickelt haben, wird freilich die Sozialdemokratie jeder Organisation und Vermittlungsinstanz ihren Stempel aufzudrücken sich bemühen. Das erschwert die sozialpolitische Arbeit und mahnt zur Vorsicht, aber es kann sie auch nicht völlig unterbinden, weil das *laissez faire, laissez aller* erst recht der Sozialdemokratie zugute kommt. Jedenfalls sollte den Arbeiterausschüssen das Recht gewährt werden, auch über die Lohnverhältnisse mit den Zechenverwaltungen in Unterhandlungen zu treten. Die gegenteilige oder zweifelhafte Bestimmung des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes hat wenig Zweck und Sinn und ist auch vielfach bei dem letzten Streik zur Seite geschoben worden. Ein Organ muß dafür da sein, und dann ist der Arbeiterausschuß der für die Disziplin zuträglichste und darum überhaupt zweckmäßigste.

Wenn man das politische Fazit aus der Bergarbeiterbewegung ziehen soll, so darf man sagen, daß es dank der vernünftigen Haltung der Unternehmer, die rechtzeitig im Rahmen des Möglichen Zugeständnisse gemacht haben, ohne den Streik abzuwarten, dank den christlichen und nationalen Organisationen,

die sich nicht in einen Demonstrationstreif verwickeln ließen, dank der Regierung, die für Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Schutz der Arbeitswilligen mit ausreichender Kraft gesorgt hat, schließlich dank auch der öffentlichen Meinung, die nicht, wie oftmals vorher, bedingungslos auf die Seite der Streikenden getreten ist, sondern auch den moralischen Mut der Arbeitswilligen und das Frivole und Unberechtigte dieses Streiks anerkannt hat — daß dank eben allen diesen verständigen Faktoren schweres Unheil für unser Vaterland verhütet werden konnte. Darf man diese vorteilhafte Gestaltung der Dinge als normal und für die Zukunft maßgebend betrachten? Doch wohl nur dann, wenn entsprechend der Schwere und den Gefahren der Bergarbeit von seiten der Zechenverwaltungen in Friedenszeiten in eine ernsthafte Prüfung der Beschwerdepunkte der Bergarbeiter eingetreten wird und die sozialen Einrichtungen, die schon jetzt mit berechtigtem Stolz im Ruhrrevier vorgezeigt werden können, nach Maßgabe der Leistungskraft der einzelnen Zechen ausgebaut werden. Gerechtigkeit und vernünftige Sozialpolitik, aber auch Festigkeit gegenüber der Sozialdemokratie und verwandter Demagogie, sie werden auch in Zukunft dem deutschen Marke so schwere und unheilvolle Kämpfe fernhalten, von denen England soeben heimgeführt worden ist.



„Amerika den Amerikanern!“

Kritische Bemerkungen zur Monroe doktrin

Von Dr. jur. Herbert v. Dirksen-Bonn



Die schlimmste Eigenschaft der Schlagworte ist, daß sie das Denken ertöten. Nicht nur, daß sie den von ihnen gekennzeichneten Anspruch oder die in Frage stehende Reihe von Tatsachen oder Behauptungen mit einem Urteil, einem meist schiefen, häufig gehässigen Urteil versehen — nein, viel schlimmer ist es, wie gesagt, daß sie auch den denkenden Menschen der Notwendigkeit überheben, die von ihm bezeichneten Ansprüche und Behauptungen auf ihre Berechtigung zu prüfen und ein Urteil darüber abzugeben. Man gebraucht nur das Schlagwort, man sagt einfach: „Brotwucher“ oder „Liebesgabe“, und die Sache ist abgetan. Man weiß, daß man verstanden wird und braucht also nicht weiter nachzudenken. Von besonders einschneidender Bedeutung und von viel schlimmeren Folgen als in der innern Politik sind aber Schlagworte, die sich im internationalen Verkehr, im Leben der Völker Geltung verschafft haben. Wenn ein Volk es erreicht, einem Schlagwort, in das es seine Ansprüche zusammengefaßt hat, Geltung zu verschaffen, so kann es ihm leicht gelingen, fremde